

Vorlage für die
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes Saarbrücken-Land
am 26. Februar 2009

Entwurf eines Antrags für den Kreisparteitag

Die Chancen der Krise nutzen - Solidarität einfordern – ein starkes und soziales Europa schaffen – die Globalisierung gerecht gestalten

Der SPD-Kreisparteitag Saarbrücken-Land möge beschließen:

A.

I. Die Chance der Krise nutzen

1. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land erkennt in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die Chance für eine *neue Balance in der sozialen Marktwirtschaft*. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme ist dem neoliberalen Drängen auf eine immer stärkere Deregulierung durch diese Krise jede überzeugende Grundlage erkennbar entzogen. Der Turbokapitalismus der vergangenen Jahre hat ebenso wenig eine Wiederbelebung verdient wie planwirtschaftliche Experimente.
2. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land bekennt sich deshalb zum Erfordernis einer *zusätzlichen demokratischen Regulierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene*, um verlorenes Vertrauen in Wirtschaft wie Politik wiederherzustellen. In dieser Krisensituation besteht nicht nur die Gelegenheit, sondern die Pflicht zu handeln. Nur ein konzertiertes Vorgehen auf allen nationalen wie internationalen Ebenen des Handelns verspricht die Grundlagen dafür zu schaffen, die aktuelle Krise zu meistern und künftigen Krisen vorzubeugen.
3. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land fordert daher eine *Abkehr von kurzfristigem Renditestreben*, das wesentlich zur Krise beigetragen hat, **zu Gunsten eines nachhaltigen Wohlstands**. Die Finanzbranche hat der Realwirtschaft zu dienen, nicht umgekehrt.

II. Solidarität im Zeichen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

4. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land bekennt sich zu dem Erfordernis einer Stabilisierung des Bankensystems sowie der unternehmerischen Substanz in Deutschland. Er erwartet allerdings, dass diese Stabilisierung begleitet wird von *Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder stärker fördern*.
5. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich deshalb dafür aus, dass staatliche Unterstützungsmaßnahmen nur solchen Unternehmen gewährt werden, bei denen

Obergrenzen für Manager-Vergütungen und -Abfindungen sowie ein innerbetrieblicher sozialer Mindeststandard bestehen. Keine Unterstützungsmaßnahmen kommen aus Sicht des SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land deshalb für Unternehmen in Betracht,

- a) bei denen die Vergütung für Manager/innen (einschließlich z.B. Boni) mehr als das Hundertfache der Vergütung für Arbeitnehmer/innen der niedrigsten Vergütungsgruppe in diesem Unternehmen übersteigt,
 - b) bei denen eine Abfindung für Manager/innen mehr als das Hundertfache des täglichen Bemessungsentgelts für Arbeitslosengeld I für Arbeitnehmer/innen der niedrigsten Vergütungsgruppe in diesem Unternehmen übersteigt,
 - c) bei denen eine **betriebliche Mitbestimmung** nicht besteht,
 - d) bei denen eine Möglichkeit der **Unternehmensbeteiligung der Arbeitnehmer/innen** eingeräumt wird.
6. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land erinnert daran, dass die SPD in der Großen Koalition **schärfere Regeln für Managergehälter** und eine größere Haftung von Aufsichtsräten durchgesetzt hat. Er spricht sich ergänzend dafür aus, dass
- a) die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezügen und Abfindungen begrenzt wird;
 - b) Manager/innen gesetzlich dazu verpflichtet werden, ihre Entscheidungen nicht nur an kurzfristigen Unternehmensinteressen, sondern auch am Wohl der Allgemeinheit, insbesondere auch einer nachhaltigen volkswirtschaftlichen Entwicklung auszurichten;
 - c) es bei "Managerversicherungen" eine verpflichtende Selbstbeteiligung geben soll, damit Manager/innen bei fahrlässigem Versagen nicht völlig von jeder Haftung befreit sind.
- Er fordert die CDU auf, ihre bisherige Blockade gegen eine solche effektivere Kontrolle von überzogenen und unsolidarischen Manager-Gehältern aufzugeben.
7. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land bekennt sich zu einer **menschenwürdigen sozialen Marktwirtschaft**, die einer für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedrohlichen zusätzlichen Öffnung der Schere zwischen arm und reich vorbeugt. Deshalb fordert er namentlich
- a) sämtliche Branche erfassende **gesetzliche Mindestlöhne**,
 - b) eine **Begrenzung des Einsatzes von Leiharbeit**.
- Auch insoweit fordert er die CDU auf, ihre bisherige Blockade aufzugeben.
8. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich ferner dafür aus, das **Steuerstrafrecht** dahingehend zu ändern, dass Deals zur Vermeidung einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung ab dem hinreichenden Verdacht einer Steuerhinterziehung von 100.000 Euro untersagt werden.
9. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land sieht im Übrigen keinerlei Anlass, die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise mit Fragen der föderalen Struktur Deutschlands zu verknüpfen. Er bekennt sich uneingeschränkt zur **Eigenständigkeit des Saarlandes**. Diese wird um so besser zu verteidigen sein, je eher eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung dem Versagen in der Bildungs-, Beschäftigungs- und Industriepolitik in unserem Land ein Ende setzt. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land setzt sich deshalb ein

- a) für eine **deutliche Steigerung der Bildungsausgaben** im Saarland auf mindestens 30 Prozent des Gesamtetats des Landes
- b) für ein **längeres gemeinsames Lernen**, das langfristig in einer **Gemeinschaftsschule für alle** verwirklicht werden sollte
- c) für eine **Reform des G8** unter Ausnutzung der Chancen **echter Ganztagschulen**, die flächendeckend eingeführt werden sollten,
- d) für eine **Abschaffung der Studiengebühren**.

III. Ein starkes und soziales Europa schaffen

- 10. Ein starkes und soziales Europa ist aus Sicht des SPD-Kreisverbandes Saarbrücken-Land eine unverzichtbare Antwort auf die aktuelle Finanz- und Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Europäische Union muss eine soziale Ordnung aufbauen, die das Wirtschaften in Europa und weltweit an soziale Regeln und Standards bindet.
- 11. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land setzt sich deshalb dafür ein, dass die Europäische Union ihre Aufgabe als **soziale Schutzmacht** ernst nimmt. Er wird dafür kämpfen, dass in Europa ein **neues Bündnis von Wirtschaft, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit** verwirklicht wird.
- 12. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich deshalb für eine **soziale Folgenabschätzung** bei jedem Rechtssetzungsakt der EU aus.
- 13. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich ferner dafür aus, die Beschäftigungs- und Verbraucherschutzpolitik innerhalb der EU zu stärken. Hierzu zählt auch die EU-weite Einführung eines „**TÜV für Geldprodukte**“. In Folge der Finanzkrise haben zahlreiche Anleger bei risikoreichen Anlageentscheidungen Geld verloren, ohne sich über das Risiko des Anlageproduktes bewusst gewesen zu sein. Denn Verbraucherinnen und Verbrauchern wurden in der Vergangenheit allzu oft Produkte verkauft, die weder ihren Bedürfnissen entsprachen, noch von diesen oder sogar dem Verkaufspersonal selbst verstanden wurden. Kosten und Provisionen wurden nicht offengelegt, Risiken verschleiert und auf Andere verlagert.

IV. Die Globalisierung gerecht gestalten

- 14. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich dafür aus, die internationale Wirtschafts- und Finanzarchitektur in Richtung auf eine **globale ökologisch-soziale Marktwirtschaft** fortzuentwickeln. Hierzu zählt aktuell auch, dass Konjunkturmaßnahmen und Rettungspläne für Finanzinstitute so umgesetzt werden, dass **Wettbewerbsverzerrungen** auf ein absolutes Mindestmaß beschränkt werden. Hieran hat nicht zuletzt die Export-Macht Deutschland ein vitales Interesse.
- 15. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land unterstützt die Bemühungen, dass es künftig **weltweit keinen Finanzmarkt, keinen Finanzmarktteilnehmer und kein Finanzprodukt gibt, das nicht reguliert ist**: alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer müssen lückenlos und unabhängig davon, wo sie ihren Sitz haben, einer angemessenen Aufsicht

oder Regulierung unterstellt werden. Das gilt nicht zuletzt für solche privaten Anlagegesellschaften, einschließlich **Hedgefonds**, von denen ein systemisches Risiko ausgehen kann. **Ratingagenturen** müssen zukünftig weltweit einer Registrierungspflicht und verbindlichen Aufsicht unterstellt werden.

16. Im Interesse einer Förderung der Systemstabilität der globalen Finanzmärkte spricht sich der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land dafür aus, dass international gewährleistet wird, dass Banken in guten Zeiten **zusätzliche Eigenkapitalpuffer** aufbauen.
17. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land unterstützt ein **konsequentes Vorgehen gegen Steueroasen** und gegen Staaten, die sich einer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung verweigern. Solche Staaten sind international zu ächten. Der freie **Kapitalverkehr** mit solchen Staaten muss eingeschränkt werden können.
18. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land spricht sich dafür aus, auch auf internationaler Ebene **rechtlich verbindliche Regelungen über Vergütungssysteme** zu entwickeln, um Bonuszahlungen zu vermeiden, die zu exzessiven Risiken verleiten. Hierzu sind angemessene Anreizsysteme zu schaffen, die transparent sind und sich stark an nachhaltigen und langfristigen Ergebnissen orientieren.
19. Der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land bedauert, dass Bundeskanzlerin Merkel die Bemühungen um einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nicht entsprechend ihren Versprechen auf dem Gipfel von Heiligendamm fördert. Die **globale Bekämpfung des Klimawandels** bleibt ungeachtet der Wirtschafts- und Finanzkrise eine dauerhafte und aktuelle Aufgabe.
20. In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise drohen erneut Entwicklungsländer zu den großen Verlierern zu werden. Auch deshalb bekennt sich der SPD-Kreisverband Saarbrücken-Land zu den Zielen zur **Armutsbekämpfung** und insbesondere an der **Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele**.

B.

Der Kreisparteitag fordert den Kreisvorstand auf, diesen Antrag, ggf. in Anpassung an aktuelle Entwicklungen, zum Landesparteitag einzubringen.